



**deutsch-belarussische gesellschaft e.V. (dbg)**

**Geschäftsbericht des Vorstands für den Zeitraum  
Dezember 2018 – Dezember 2019**

**Durchgeführte Veranstaltungen:**

- 06.12.2018 Mitgliederversammlung in Berlin
- Dez.2018/Feb. 2019 Teilnahme von Dr. Astrid Sahm und Dr. Kristiane Janeke an Vorbereitungstreffen zur Gründung der Deutsch-Belarussischen Historikerkommission in Gießen und Minsk
- 17-18.05.2019 Beteiligung am „Red Square Festival“
- Vorführung des belarussischen Films "Chrystal Swan", Diskussion mit Regisseurin Darya Zhuk;
  - Podiumsdiskussion zum Thema "Erinnerungskultur in Deutschland, Russland und Belarus" mit Teilnahme von Dr. Iryna Ramanava (Europäische Humanistische Universität, Vilnius);
  - Ausstellung und Diskussion zum Thema "Kunst und Umwelt" mit Beteiligung von Aktivisten aus Belarus.
- 18.06.2019 Diskussionsveranstaltung zu den russisch-belarussischen Beziehungen
- Öffentliche Diskussion zum Thema "Beziehungen zwischen Russland und Belarus" mit Experten aus Belarus, Russland, Deutschland und der Schweiz in Berlin (in Kooperation mit der DGO)
- 4.-6.12.2019 Internationale Konferenz „Minsk Forum XVII“ in Minsk, Belarus „Der Platz von Belarus in Europa. Chancen für Außenpolitik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Kultur“ mit 300 Teilnehmern, darunter Vizeaußenminister und Vizewirtschaftsminister von Belarus sowie dem Belarus-Koordinator der Bundesregierung Dirk Wiese MdB und dem Osteuropa-Direktor im Auswärtigen Amt, Botschafter Michael Siebert.

## **Abgeschlossene Projekte:**

### **1. Veranstaltungsreihe „Belarus in Europa (Minsk Forum XVII)“**

- Förderer: Auswärtiges Amt
- Partner in Deutschland: Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung
- Laufzeit: März – Dezember 2019
- Rolle der dbg: Antragsteller
- Partner in Belarus: IBB "Johannes Rau", Büro für Europäische Expertise und Kommunikation, Belarusian Institut for Strategic Studies

### *Vorläufige Ergebnisse:*

Aufbauend auf den erfolgreichen Erfahrungen aus dem Jahr 2018 (Projekt „Belarus zwischen globalen und regionalen Entwicklungen“) führte die deutsch-belarussische gesellschaft e.V. im Laufe des Jahres 2019 gemeinsam mit belarussischen und deutschen Partnern eine Reihe von thematischen öffentlichen Veranstaltungen in Deutschland und in Belarus durch, darunter die internationale jährliche Konferenz „Minsk Forum XVII“. Die durchgeführten Veranstaltungen haben durch eine offene Diskussion, Erfahrungsaustausch und kritischen Dialog zu einer nachbarschaftsfreundlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland/EU und Belarus beigetragen. Das im Rahmen des Projektes aufgegriffene Themenspektrum spiegelte die aktuellsten Entwicklungstendenzen in diversen Bereichen des politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in Belarus wieder und veranlasste unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zum Dialog.

### **Geplante Aktivitäten im Jahr 2020:**

- Die Projektskizze „Minsk Forum. Regionale Entwicklungen in Belarus“ wurde dem Auswärtigen Amt im Rahmen des Förderungsprogramms „Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland“ am 11. Oktober 2019 eingereicht. In den Fokus der 2020 geplanten Aktivitäten würden unter anderem Themen wie das 75-Jubiläum des Endes des Zweiten Weltkrieges, Präsidentschaftswahlen in Belarus, russisch-belarussische Beziehungen vor dem Hintergrund der Integrationsverhandlungen und regionale zivilgesellschaftliche Entwicklungen in der Brest-Region genommen. Die angestrebte Genehmigung des Projektvorhabens seitens des Auswärtigen Amtes ist Anfang des Jahres 2020 zu erwarten.
- Für die regelmäßige Veranstaltung einer Belarussischen Filmreihe in Berlin werden weiterhin Partner und Förderer gesucht.

## Anlage

### **1. Beteiligung der dbg beim Red Square Festival, 17-18. Mai 2019, Berlin / in Kooperation mit dem Dekabristen e.V.**

Im Rahmen des jährlichen Red Square Festivals trafen sich Vertreter und Vertreterinnen aus Kunst, Musik, Zivilgesellschaft und Politik in spannendem Dialog und Interaktionen zusammen. Zur Beleuchtung und Diskussion standen nicht nur politisch relevante Fragen aus osteuropäischen Ländern, sondern auch moderne Entwicklungstendenzen in deren Zivilgesellschaft, Kultur und Musik.

In Kooperation mit Partnern leistete die deutsch-belarussische gesellschaft einen aktiven Beitrag zur Gestaltung von folgenden Programmpunkten:

- die Podiumsdiskussion über Gedenken an die Opfer der stalinistischen Repressionen in Belarus, Russland und Ostdeutschland mit Teilnahme von Historikern und Experten im Bereich der Erinnerungspolitik in jeweiligen Ländern;
- Vorführung des belarussischen Films "Chrystal Swan" und Diskussion mit der Regisseurin Darya Zhuk über im Film aufgeworfene gesellschaftliche Probleme der 90er Jahre in Belarus wie Zerfall der Sowjetunion, Konflikt der Generationen, (Neu-) Orientierung der jungen Generation sowie politische Kultur in Belarus.
- Ausstellung und Diskussion zum Thema "Kunst und Umwelt" mit Beteiligung von Aktivisten aus Belarus.

### **2. Bericht über die Diskussion zum Thema "Beziehungen zwischen Russland und Belarus", 18.06.2019, Berlin / in Kooperation mit der DGO**

Am 8. Dezember 1999 unterzeichneten die Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka und Boris Jelzin einen Vertrag zwischen Belarus und Russland über die Schaffung eines Unionsstaates. Der Vertrag sieht unter anderem eine gemeinsame Verfassung, Währung, Zollbehörde, Gericht und einen Rechnungshof vor. Die lose Vereinigung fand in der Öffentlichkeit bisher wenig Beachtung, zumal die Unionspläne bis dato nicht umgesetzt worden sind.

Seit Ende 2018 knirscht es jedoch wieder in den bilateralen Beziehungen. Durch eine Steuerreform will Russland die Preise für den Verkauf von Rohöl im Inland an das Weltmarktniveau angleichen. Davon ist auch Belarus betroffen, das viel Geld mit dem Weiterverkauf des bisher zu Inlandspreisen und zollfrei gekauften russischen Öls verdient. Belarus fordert eine Entschädigung für die drohenden finanziellen Verluste. Russland ist grundsätzlich bereit, Belarus in dieser Frage entgegenzukommen, fordert von Lukaschenka im Gegenzug aber eine tiefere Integration im Rahmen des Unionsvertrags. Mit Blick auf die Annexion der Krim durch Russland ist die Sorge vor dem Souveränitätsverlust von Belarus groß.

Über die Bedeutung des Unionsvertrags für die russisch-belarussischen Beziehungen sowie über

die Haltung der Bevölkerung beider Länder zur Möglichen Integration diskutierten auf Einladung der deutsch-belarussischen Gesellschaft (dbg) und der deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) Experte aus Deutschland, Belarus, Russland und der Schweiz.

ARTYOM SHRAIBMAN, politischer Berichterstatter (belarussisches Nachrichtenportal tut.by / Moskauer Carnegie-Zentrum), bestätigte die neue Qualität der Beziehungen zwischen Belarus und Russland. Symptome einer großen Anspannung in diesen seien nicht nur die konsequenten Integrationsforderungen, sondern auch ein untypisch aggressives Verhalten vom ehemaligen russischen Botschafter in Belarus, Michail Babitsch. Für Belarus deuten diese Ereignisse auf eine radikale Veränderung der außenpolitischen Bedingungen hin.

Einverstanden damit zeigte sich auch DMITRY BALKUNETS, Politologe aus Moskau. Allerdings bezweifelte er die Wahrscheinlichkeit einer vollständigen Realisierung der Vorschriften des Unionsvertrages. Die ökonomische Abhängigkeit von Russland sowie die Notwendigkeit russischer Finanzunterstützung im Vorfeld der im Jahr 2019 kommenden Präsidentschaftswahlen würden Belarus allerdings zu bestimmten Kompromissen im Verhandlungsprozess veranlassen. Als Quelle zusätzlichen Drucks treten dabei die sich häufenden Handelsstreitigkeiten und -barrieren auf.

BENNO ZOGG, Zentrum für Sicherheitsstudien in Zürich, diskutierte die willkürliche Koexistenz von ökonomischen und politischen Dimensionen in den russisch-belarussischen Beziehungen. Das belarussische Wirtschaftsmodell sei stark auf russische Subventionen angewiesen. Daraus erwächst auch politische Abhängigkeit des Landes von Russland. Die Ableitung politischer Integrationsforderungen an Belarus aus dieser Abhängigkeit sei daher kaum vermeidbar gewesen.

Über die Möglichkeit eines potenziellen Verzichtes von Belarus auf die Subventionierung von Öl und Gas aus Russland und der Umorientierung bzw. Modernisierung der belarussischen Volkswirtschaft herrschte unter Experten Konsens.

Artyom Schraibman lehnte dieses Szenario wegen der Trägheit belarussischer politischer Eliten ab. Seiner Auffassung nach seien die politischen Risiken für ihren Machterhalt zu hoch, um mit den seit Jahren funktionierenden Mechanismen und Formaten zu experimentieren. Genauso skeptisch ist seine Einschätzung der möglichen Integration beider Staaten. Denn die in dem Fall vorgesehene Unifizierung diverser staatlicher Gremien würde die Kontrolle im eigenen Staat unter Gefahr stellen. Autoritäre Staaten können im Prinzip nicht miteinander integrieren, so Shraibman. Weder paritätische Kontrolle mit Veto-Recht für Belarus, noch russische Dominanz in der Union stellen Alternativen zur unbeschränkten Macht in einem souveränen Staat dar. Zudem demonstrieren soziologische Befragungen der Bevölkerung beider Staaten kein Interesse an der institutionellen Integration. Die Existenz eines Unionstaates zwischen Russland und Belarus sei beispielsweise der Hälfte der Einwohner in Russland laut Umfragen gar nicht bekannt.

Dmitry Balkunets teilte die Meinung seines Kollegen und ergänzte sie mit dem Argument, dass der Verzicht auf russische Subventionen auch wegen der nicht realisierten strukturellen und ökonomischen Reformen in Belarus unmöglich sei. Im Gegenteil führe der Verzicht auf die Subventionen zur unmittelbaren Verschlechterung der sozial-ökonomischen Lage der Bevölkerung

und damit zum möglichen Wachstum von Protestpotenzial.

Auch die Fragen der potenziellen Bedrohung seitens Russland und Garantien für die belarussische Souveränität wurden von Experten diskutiert. Benno Zogg sah die Potenziale dafür in der stark autoritären Regierungsweise in Belarus selbst. Die Krise in der Ukraine 2014 hat gezeigt, man könne sich nicht mehr auf internationale Garantien von Souveränität und territorialer Unversehrtheit verlassen, wie dies im Budapester Memorandum vorgesehen war. Die EU sei am Erhalt des Status Quo in der Region interessiert und damit am der „Mediatorenrolle“ von Belarus und würde daher im Extremszenario nicht für Belarus eintreten. Das Land solle mehr Wert auf eine konstante Rhetorik und zuverlässige Außenpolitik legen, um mögliche Risiken zu minimieren.

Die Einstellungen der belarussischen Gesellschaft und einzelner Interessengruppen zur möglichen Integration mit Russland skizzierte Artyom Schraibman. Ihm zufolge sei die belarussische Gesellschaft apolitisch und stark atomisiert. Die Integrationsprozesse befänden sich an der Peripherie ihrer Interessen. Auch junge Menschen, trotz ihrer Kompetenzen in digitalen Technologien und ihres insgesamt moderneren Lebensstils, sähen kaum Chancen auf Veränderungen durch politisches Engagement – oft finden sie einen Ausweg in Migration oder Selbstverwirklichung in nicht-politischen Branchen, wie etwa Business oder Kunst.

Die Eliten, inklusive dem Präsidenten Lukaschenka, betrachten Souveränität als eine fundamentale Kategorie belarussischer Staatlichkeit und als Garantie ihres Machterhalts. Im Nomenklatura-Apparat herrschen loyale Anhänger der Elite, deren Einstellungen in Hinblick auf die Souveränität denen der Elite gleichen. In Fragen der neuen Identitätsbildung und Diversifizierung der Außenpolitik und des Außenhandels zeigen sich allerdings Ökonomie-Technokraten und Vertreter vom Außenministerium als progressiver.

Anschließend wurden Fragen über die Rolle der EU im Integrationsverhandlungsprozess zwischen Belarus und Russland angerissen. Benno Zogg zufolge solle man seitens der EU die Zusammenarbeit mit Belarus in nicht-politisieren Bereichen fordern (z.B. technische Zusammenarbeit), Mobilität durch Liberalisierung der Visapolitik stärken sowie mehr Studentenaustausch ermöglichen.

Im Laufe der nächsten 25 Jahre seien die russisch-belarussische Beziehungen nach Meinung einiger Experten für eine Revision ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kontakte prädestiniert. Denn fehlende Legitimität und unklare Nachfolgeregelungen für die Spitzenämter in beiden Staaten sorgen für eine außergewöhnliche Dynamik in ihren künftigen Beziehungen.

### **3. Bericht über die internationale Konferenz „Minsk Forum XVII“, 4.-6. Dezember 2019, Minsk**

Die internationale Konferenz „Minsk Forum XVII“ fand zwischen dem 4. und 6. Dezember 2019 unter dem Titel „Der Platz von Belarus in Europa. Chancen für Außenpolitik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Kultur“ in Minsk statt.

Zu den Diskussionsthemen gehörte die Rolle und der Platz von Belarus in Europa in politischer,

wirtschaftlicher und kultureller Dimensionen unter der aktiven Beteiligung hochrangiger Vertreter\*innen sowie Expert\*innen und Aktivist\*innen aus jeweiligen Bereichen. Unter anderem wurden folgende thematische Akzente gesetzt: Bilanz der 10-jährigen Partizipation von Belarus an der Östlichen Partnerschaft, Entwicklung nachhaltiger Wirtschaft und Ausbau des Investitionspotentials, Implementierung der Bologna-Vereinbarungen im nationalen Bildungssystem, aktuelle Entwicklungstrends in der Zivilgesellschaft, Neukonzeption des Nationalen Historischen Museums sowie Reflexion über gesellschaftliche Umbrüche und notwendige Schlussfolgerungen für die Zukunft.

*(den vollständigen Sachbericht des Minsk Forums XVII finden Sie auf [dbg-online.org](http://dbg-online.org))*